

***Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP******Für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Bremen – Berichterstattung zur Auseinandersetzung mit Extremismus und Fremdenfeindlichkeit***

Für die demokratischen Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft war und ist es eine wichtige Aufgabe, sich gegen alle Formen des Extremismus, seien es Rechtsextremismus, Linksextremismus oder extremistische Bestrebungen von Ausländern sowie Fremdenfeindlichkeit einzusetzen und für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz einzutreten.

Viele Menschen in Bremerhaven und Bremen engagieren sich ehrenamtlich für ein friedliches Zusammenleben der Menschen in unseren beiden Städten und sind aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit und Extremismus. Dieses Engagement ist ein wirksames Bollwerk gegen ausländerfeindliche, antisemitische und antidemokratische Bestrebungen.

Trotz dieser breiten Grundlage gilt es wachsam zu sein. Extremistische Aktivitäten und Straftaten in Bremen und Niedersachsen und die Meldungen über eine bundesweite Zunahme von Straftaten mit extremistischem Hintergrund zeigen uns, dass auch in Zukunft Engagement und Einsatz gefragt sind.

Das beste Mittel gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit ist die breite politische Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Besonders wichtig ist dabei die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Bei Menschen, die sich mit ihrer Angst vor Unbekanntem auseinandersetzen können, die gelernt haben, mit Fremdheit und Andersartigkeit umzugehen und dabei auch die Neugier auf Ungewohntes kennen, haben Extremismus und Fremdenfeindlichkeit keine Chance.

Der Bremer Senat war sich in der Vergangenheit dieser Herausforderung stets bewusst und hat deshalb zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um ein friedliches Zusammenleben ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu fördern, und diese Maßnahmen in drei Berichten in den Jahren 1989, 1992 und 2000 dargestellt. Da die politische Arbeit gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit eine fortwährende Aufgabe ist, muss diese Berichterstattung aktualisiert werden. Extremistischen Gruppierungen muss klar sein, dass das Land Bremen keine Heimat für sie ist. So wird u. a. das Verteilen von Musik-CD mit volksverhetzenden Inhalten auf Schulhöfen nicht geduldet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum Beginn der Sommerpause 2008 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992 und 2000 stehenden Bericht über die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit sowie jede Form des Extremismus im Land Bremen vorzulegen.

Der Bericht soll die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Straftaten mit extremistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund seit 2000 und die daraus gezogenen Konsequenzen darlegen. Vor allem soll er die Gesamtstrategie des Senats für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Land Bremen erläutern. Insbesondere sind in dem Bericht alle Maßnahmen und Projekte zur Bekämpfung von Extremismus sowie Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen zu benennen und zu bewerten. Dabei ist

auch auf die Erfahrungen und Ergebnisse der im letzten Bericht dargestellten Aktivitäten einzugehen und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen aufzuzeigen. Besonderes Gewicht ist hierbei auf die präventive Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu legen. Darzustellen ist auch, in welcher Form die Schulen im Land Bremen diesem Thema begegnen.

Sibylle Winther, Wilhelm Hinners, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Uwe Woltemath und Fraktion der FDP